

Kommentar: Sarrazin und die Sozialdemokratie

von Thilo Scholle

Thilo Sarrazin ist weiterhin Mitglied der SPD, und das ist eine schlechte Nachricht. Für eine Partei, die sich den Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung auf die Fahnen geschrieben hat, kann es kein Zustand sein, jemanden in den eigenen Reihen zu dulden, der derart offen rassistische und sozialdarwinistische Positionen vertritt.

Mit der Entscheidung der Schiedskommission von Ostern 2011 ist allerdings auch klar, dass die Versuche, einen Parteiausschluss herbeizuführen, vorerst gescheitert sind. Der Schaden für die Partei ist groß: Gerade im Bereich der jungen und politisch interessierten Menschen mit Migrationshintergrund hat die Entscheidung, Sarrazin in der Partei zu lassen, für einen großen Verlust an politischer Glaubwürdigkeit gesorgt. Für integrationspolitisch aktive Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit und ohne Migrationshintergrund wird es nun doppelt schwer, gerade in diesen Milieus um Unterstützung und aktive Mitarbeit in der SPD zu werben.

Der lange aufgebaute und vor allem auf der Geschichte der Sozialdemokratie sowie auf dem Einsatz für abhängig Beschäftigte beruhende Vorsprung der SPD in der Wählergunst bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund ist weitgehend aufgebraucht. Neben der mit weiterem Bildungsaufstieg von Menschen generell zu beobachtenden Anpassung an das allgemeine Wahlverhalten des jeweiligen Milieus liegt dies vor allem daran, dass es der SPD in den letzten Jahren schon nicht gelungen ist, eine klare Botschaft in Sachen Integrationspolitik zu senden: Zu oft wirkte die Partei wie im Spagat zwischen grundsätzlich positiver Bewertung der multikulturellen Lebensrealitäten in Deutschland auf der einen und einem Aufblitzen von Law-and-Order-Politik auf der anderen Seite gefangen, wie die Formulierungen des



☞ Thilo Scholle, lebt in Lünen, ist Mitglied der spw-Redaktion und koordiniert die Netzwerkstelle Integration des Juso-Bundesvorstands.

Foto: privat

Leitantrags zum Parteitag 2010 zeigen. Zudem entstand der Eindruck, dass Migrantinnen und Migranten kaum als potenzielle Aktive für die Parteiarbeit angesprochen werden sollten.

Neu gewinnen lassen wird sich das Vertrauen von Menschen mit Migrationshintergrund in die SPD nur durch die Flucht nach vorne: Es gilt jetzt erst recht, die SPD als die Partei von Chancengleichheit und konsequenter Antidiskriminierung politisch aufzustellen. Dies beginnt u.a. damit, den positiven Blick auf die Einwanderungsgeschichte in die Bundesrepublik auch öffentlich durchzuhalten, und diese Botschaft nicht immer wieder durch ein Lavieren mit „einerseits – andererseits“ – Formulierungen zu relativieren. Zwar sollten mögliche Probleme offen angesprochen werden, aber dann nicht als gewissermaßen „naturegeben“ im Raum stehen gelassen werden. Statt einer ethnizierenden Analyse vor allem sozialer Probleme ist daher stattdessen eine Perspektive der politischen und gesellschaftlichen Bearbeitung zu entwickeln. Und drittens muss sich die Lebensrealität der Einwanderungsgesellschaft auch in den Vorständen und Fraktionen der Partei widerspiegeln. Der Beschluss des SPD-PV vom 9.5. weist daher grundsätzlich in die richtige Richtung, auch wenn vor allem über das Instrument einer Quote noch kritisch zu diskutieren ist.

Die Flucht nach vorn wird kein Sprint – aber ohne einen langen Atem wird es der SPD nicht gelingen, (wieder) die Partei zu werden, die glaubwürdig gegen Rassismus und für Chancengleichheit aller Menschen steht. ■